

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

57. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbefehlgebühren. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 9. Dezember 1919

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf. die fünfzeilige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 143

Silbe dringend notwendig!

Wir Buchdrucker und mit uns die gesamte Arbeiterschaft, leiden von Tag zu Tag mehr infolge der immer tiefer sinkenden Kaufkraft des Geldes. Lohnsteigerungen um das Drei- bis Vierfache von 1914 stehen Preissteigerungen der wichtigsten Bedarfsartikel um das Zehnfache und noch höher gegenüber. Die drückende Steuerlast und die Mißleistungen werden nicht nur nebenbei erwähnt. Das unter diesen Umständen es der Arbeiterschaft nicht möglich ist, zur Ruhe zu kommen, braucht nicht zu verwundern, denn auch der Arbeiter lebt ja nicht nur, um zu arbeiten, sondern er arbeitet, um als Mensch leben zu können.

Nur mehr aber als Gesunde, Arbeitsfähige leiden unter der Steuerung Kranke und Invalidenrentner. Schon in Vorkriegszeiten waren die Invaliden- und Altersrenten sehr niedrig; schon damals zum Leben zu wenig. Das Krankengeld hingegen ist nach der Leistungsfähigkeit der Klasse bemessen und hat in der Vorkriegszeit einigermaßen einen Ausgleich mit den bestehenden Verhältnissen.

Ein Beispiel von der Leistung der Leipziger Ortskrankenkasse soll meine Darlegungen unterstützen: Im Jahre 1914 zahlte ein Buchdrucker in der ersten Klasse 1,32 Mk. Klassen- einschließlich 24 Pf. Invalidenbeitrag. Klassenleistung 18 Mk. wöchentlich, 1919 in der ersten Klasse 2,65 Mk. Beitrag, Klassenleistung 33 Mk. Der Verband zahlte erst rund 13 Mk., jetzt 15 Mk. Krankengeldzuschuß. Der Durchschnittslohn eines Buchdruckers betrug 1914: 36 Mk., 1919: 116 Mk., 1914 Durchschnittslohn 36 Mk., Gesamtkrankengeld 31 Mk., 1919 Durchschnittslohn 116 Mk., Gesamtkrankengeld 48 Mk. Dazu noch in Vergleich gezogen die seit 1914 eingetretene und sich noch abwärts bewegende Geldentwertung, dann erübrigt sich zur jetzt bestehenden Krankenversicherungsleistung jeder Kommentar.

Noch bedauernder ist die derzeitige Lage der Invaliden bzw. Altersrenter. Die Altersrente betrug 1914: 18,40 Mk. pro Monat und ist am 1. Oktober 1919 erhöht worden auf 33,40 Mk. monatlich. Der Verband zahlt für Erwerbsunfähige (Invaliden) als höchsten Zuschuß einschließlich Gau 13,50 Mk. wöchentlich. Altersrente bzw. Invalidenrente (letztere ein geringes höher) beträgt rund 9 Mk. wöchentlich; mit Verbandszuschuß zusammen rund 24,50 Mk. wöchentliche Rente. Von 24,50 Mark in der jetzigen Zeit eine ganze Woche zu leben, das wird selbst den Wirtschaftskünstlern aus der Vorkriegszeit ein Rätsel bleiben.

Bei den völlig ungenügenden Leistungen der Kranken-, Invaliden- und Altersversicherung ist jeder Arbeiter gezwungen, seine Arbeitskraft bis zur Erschöpfung zu Markte zu tragen. Trotz ärztlicher Bestätigung der Erwerbsunfähigkeit werden die meisten Arbeiter gezwungen sein, um die Familie nicht verkümmern zu lassen, ihre Arbeitsstelle so lange aufzuziehen, bis eintretender Schwächezustand sie an das Bett fesselt. Welche Ansumme mehr von Krankheitsstagen entsteht durch verpöflicht eingetretene Schonung und wie viele Menschenleben hier verpöflichte Hilfe schon geholt? Beides unersehliche Verluste unserer Volkswirtschaft! Viele Alters- und Invalidenrentner sind während des Krieges infolge Arbeitermangels in Arbeitsstellen eingerückt mit dem Vorbehalt, nach Kriegsende die Stellung wieder verlassen zu können. Verschwindend wenige Ausnahmen konnten diesen Vorbehalt aus rechtlichen Gründen ausführen. Der weitaus größte Teil wird durch die eingetretene Geldentwertung genötigt sein, selbst unter Inkonsequenz geringerer Entlohnung die Stellung nicht aufzugeben, weil die Renten so gering sind, daß damit selbst die primitivsten Ansprüche an das Leben nicht erfüllt werden können.

Die durch den Krieg unserer Volkswirtschaft geschlagenen Wunden werden durch die unzulänglichen sozialen Versicherungsleistungen ganz beträchtlich tiefer. Auf der einen Seite viele Tausende Kranke, Invaliden und Altersschwache, nicht mehr voll leistungsfähige Arbeitskräfte, die nicht vorübergehend bzw. ganz auscheiden können, weil durch die in Betracht kommenden Renten die Existenzmöglichkeit einfach nicht gegeben ist; auf der anderen Seite Tausende und Abertausende vollwertiger Arbeitskräfte, die vom Reich unterstellt werden müssen, weil die Arbeitslosen Volkswirtschaft liegen. Wandel zu schaffen durch Austausch in anderer, nicht vollwertiger Arbeitskräfte mit brachliegenden gebundenen Arbeitern an den Wägen, wo eine volle Arbeitskraft erforderlich ist. Voraussetzung dazu

wäre natürlich, eine den heutigen Zeiten entsprechende Sicherstellung der gänzlich auscheidenden Arbeiter.

Noch kurz eine Betrachtung darüber. Kann unser Verband, kann überhaupt eine Gewerkschaft einen der heutigen Zeit entsprechenden Ausgleich der sozialen Unterfügungssätze mit den Lebensnotwendigkeiten aus sich heraus ermöglichen? Diese Frage ist unbedingt mit nein zu beantworten. Die Tatsache besteht, daß die jetzigen Lohnsätze keinesfalls alle Lebensnotwendigkeiten (Erneuerung von Wäsche, Kleidung usw.) erfüllen lassen, daß sie tatsächlich nur ein kärgliches Lebensminimum bieten. Anders als durch erhebliche Beitragserhöhung ist keine Erhöhung der sozialen Unterfügungssätze denkbar. Die Beitragserhöhung ist aber gleichbedeutend mit einer Reduktion des obnein nicht auskömmlichen Lohnes. Geseht den Fall, die bestehenden Unterfügungssätze würden verdoppelt. Das bedeutete für Leipzig jetzt 48 Mk., dazu 15 Mk. Erhöhung, Gesamtfrankenunterfügung dann 63 Mk. Invaliden- bzw. Altersrentner erhalten jetzt rund 24,50 Mk., dazu 15,50 Mk. Erhöhung, ergibt Gesamtsatz rund 40 Mk. wöchentlich. Würde damit ein realer Ausgleich mit den jetzigen Verhältnissen geschaffen sein? Ich sage nein!

Daraus ergibt sich, daß der Staat helfend eingreifen muß. Die gesamten Arbeiterorganisationen, ganz gleich welcher Richtung, haben die Pflicht, auf die Regierung mit aller Schärfe einzuwirken, daß durch Ausbau und Staatsbeiträgen zu den bestehenden sozialen Versicherungsleistungen schnelle und ausreichende Hilfe den am meisten unter der Steuerung leidenden Volksgenossen, den Kranken und den Invalidenrentnern, gebracht wird.

Schon von alters her haben Staat und Kommune in der Erkenntnis der Notwendigkeit sozialer Fürsorge gehandelt, indem die in staatlichen und kommunalen Diensten stehenden Arbeiter gegen alle Wechsellagen des Lebens sichergestellt wurden, wenn auch bei den verpöflichten monarchischen Regierungen noch andre Gründe mitgesprochen haben. Die Kosten der Fürsorge werden von dem Steuerzahler getragen, der ja letzten Endes als Nutznießer der staatlichen und kommunalen Beamtenfähigkeit zu betrachten ist.

In der jetzigen Zeit der Umwandlung und des Aufbaues, der immer mehr zunehmenden Verstaatlichung und Kommunalisierung gemeinnütziger Unternehmungen und daraus hervorgehender weiterer Einziehung großer Volksteile in die einigermaßen ausreichende Sicherung in sozialer Hinsicht als Beamte, sollte die Frage der ausreichenden Fürsorge auch des werktätigen Volkes in Industrie, Handel und Landwirtschaft bei den maßgebenden Instanzen keiner Erwägung mehr bedürfen bezüglich der Notwendigkeit.

In der Erkenntnis der Notwendigkeit ausreichender sozialer Fürsorge für die Staatsarbeiter, aber auch in der Erkenntnis des gleichen Wertes der staatlichen und kommunalen Beamtenfähigkeit gegenüber der Arbeit in Privatunternehmen — für das Bestehen eines Staatswesens — muß es der Arbeiter im Privatbetrieb als große Ungerechtigkeit empfinden, daß er wohl verpflichtet ist, zu den Kosten der sozialen Fürsorge beizutragen zu müssen, als Arbeiter im Privatunternehmen sich selbst aber nur höhnvoll versorgt weiß.

Nur durch Schaffen neuer Grundlagen oder Ausbau unserer jetzt bestehenden Sozialversicherung, besonders Anpassung ihrer Leistungen an die bestehenden Verhältnisse, kann die Volksgesundheit und Schaffensfreudigkeit in Bahnen gelenkt werden, die unserer Volkswirtschaft von Nutzen sind. Deshalb Hand ans Werk, schafft gleiche Rechte für alle Staatsbürger in sozialer Fürsorge!

Erhöhung des Krankengeldes

Aber ungenügendes Krankengeld wird in den Kreisen der Arbeiterschaft lebhaft geklagt. Fast täglich kommen aus den Kreisen der Versicherten, der Mitglieder und deren Angehöriger die sie immer gleichbleibenden berechtigten Klagen an Verwaltungsbeamte und Vorstände der Kassen. Aber die Spannung, die Differenz zwischen Arbeitsverdienst (der auch noch unzureichend ist) und dem bei den heutigen Verhältnissen so geringen Krankengeld ist auch groß. Erhält doch der erkrankte Arbeiter oder Angestellte wenig mehr als ein Viertel, selten ein Drittel seines Arbeitslohns als Krankenunterfügung. Auch der Zuschuß aus Gewerkschafts- und Zuschußkassen kann das Krankengeld nicht so weit erhöhen, daß der Kranke mit seiner Familie vor Not geschützt ist. Er wird in den wenigsten Fällen kaum mehr als die Hälfte seines sonstigen Einkommens haben. Bessere

Not, schwere wirtschaftliche Schädigung ist bei längerer Krankheit für den erkrankten Versicherten und dessen Familie unausbleiblich. Dieser Zustand trägt nicht zur Genesung bei. Und wenn viele Kranke wegen dieser für sie bei Krankmeldung eintretenden wirtschaftlichen Not bis zum vollständigen körperlichen und seelischen Zusammenbruch arbeiten, so rächt sich das später zum Schaden der Kassen, aber auch vor allem an den Erkrankten selbst. Der erkrankte Familienvater erhält jetzt 30, 33, in den letzten Fällen 36 Mk. Krankengeld pro Woche. Dabei zahlen die meisten Kassen leider erst vom dritten oder vierten Tag an Unterfügung. Mit dem Zuschusse von anderen Kassen also höchstens 50—55 Mk. Hier und da zahlen auch einmütige, leistungsfähige Unternehmer und Betriebe einen besonderen Zuschuß, um der ärgsten Not zu steuern. Die Mehrzahl der Kranken erhält aber solchen ausgleichenden Zuschuß nicht. Daher müssen die Kassen dieser Not zu steuern suchen.

Würden die Kassen bei entsprechender Erhöhung des Beitrags, vielleicht auf etwa 5 1/2 bis 6 oder mehr Prozent, die Höchstleistungen einführen können, so bekämen die Kranken in der Höchstbeitragsklasse mit 75 Proz. Krankengeld pro Tag 7,50 Mk., für die Woche von sechs Tagen 45 Mk., und bei Zahlung von Krankengeld auch für den Sonntag allgemein, also für sieben Tage, 52,50 Mk. pro Woche. Auch mit dem Zuschusse von anderen Kassen würden dann die meisten Familienväter im Falle der Krankheit kaum die Hälfte ihres Arbeitsverdienstes erhalten, da eben der Grundlohn mit 10 Mk. pro Tag viel zu niedrig angelegt worden ist. Nach dem Grundlohn, der jetzt bis zu 10 Mk. pro Tag festgelegt werden kann, richten sich Beiträge und Leistungen der Kassen. Bei dem jetzigen Zustande können die Kassen bei der Beitragserhebung die Arbeitsverdienste von über 60 bis 100 Mk. und mehr pro Woche nicht erlassen, zum Schaden der Kassen und der Versicherten, denen somit auch das Krankengeld nicht erhöht werden kann.

Eine Erhöhung des Grundlohns auf mindestens 15 Mk., sagen wir 16 Mk., der sich auch der heutigen, allerdings auch noch zu niedrigen Versicherungsgrenze von 5000 Mk. anpaßt, ist dringend nötig und auch leicht ohne größere gesetzliche und technische Schwierigkeiten durchzuführen. Man kann die Sache, die einem schweren Notstand abhelfen soll und kann, mit einem Volgehebe von einem Paragraphen erledigen.

Es ist unmöglich, weil es eine große Härte gegen die jetzt leidenden Versicherten bedeuten würde, mit der Erhöhung des Grundlohns bis zur Reform der gesamten Sozialversicherung, die Jahre dauern kann, zu warten. Den Kranken aus den Kassen kann und muß mit einer sofortigen Erhöhung des Grundlohns auf 16 Mk. umgehend geholfen werden.

- Bei 16 Mk. Grundlohn könnten die Kassen
1. die Beitragsleistung entsprechend dem höheren Wochenverdienste von 60 bis 75, 75 bis 90 und 90 bis 100 Mk. gerechter verteilen,
 2. dementsprechend bedeutend mehr Einnahmen erzielen und
 3. die Leistungen, den neuen Grundlohnklassen anpassen, erhöhen; nicht nur Krankengeld, sondern auch Hausgeld, Sterbegeld, Familienhilfe.

Folgende Tabelle zeigt den Unterschied für Beitrag und Leistung bei 10 oder 16 Mk. Grundlohn und entsprechender Klasseneinteilung, wobei zu beachten ist, daß seit dem 1. Oktober der Beitrag bis 7 1/2 Proz. des Grundlohns, und mit besonderer Zustimmung der Arbeitgeber bis 10 Proz. erhöht werden kann, um Mittel zu schaffen für die neue Wochenhilfe und Wochenfürsorge, welche die Kassen schwer belasten.

Auch mit dem erhöhten Grundlohn sind nicht alle Kassen in der Lage, die Höchstleistungen, z. B. 75 Proz. Krankengeld, einführen zu können. Aber selbst mit 55 bis 70 Proz. Krankengeld leisten sie dann viel mehr als heute und ist den Versicherten etwas geholfen. Nur erst die gesetzliche Möglichkeit schaffen!

Arbeitsverdienst	Grundlohn	Beitrag bei			Für sieben Tage Krankengeld bei		
		5 Proz.	6 Proz.	7 1/2 Proz.	50 Proz.	60 Proz.	75 Proz.
54—60	10,00	3,00	3,60	4,50	35,00	42,00	52,50
über 60—72	12,00	3,60	4,32	5,40	42,00	50,40	63,00
72—84	14,00	4,20	5,04	6,30	49,00	58,80	73,50
84	16,00	4,80	5,76	7,20	56,00	67,20	84,00

*) Heulige Grenze.

Diese Beitragslisten lassen uns die Saare zu Berge stehen; daß man aber mit ihnen zu rechnen hat, hat die Reichsregierung anlässlich der Einführung der Reichswochenhilfe bewiesen. Bis 7 1/2 Proz. Beitrag ist gestaffelt; darüber hinaus nur zur Deckung der Regelleistungen oder, wie gesagt, unter Zustimmung der Arbeitgeber. Und dann halten wir es doch für gerechter, daß man nicht 6 oder gar 7 1/2 Proz. Beitrag auch von den niederen Einkommen erhebt, sondern daß der Prozentsatz niedriger bleibt, also möglichst 6 Proz. (die heute allerdings schon viele Klassen erheben) nicht überschreitet, man dafür aber nicht bei 60 Mk. Arbeitsverdienst haltmachen muß. Diese Versicherer wollen und müssen entsprechend ihrem Einkommen Steuern, um im Krankheitsfalle möglichst geschützt zu sein. Auch bei dem später zu erwartenden Preis- und Lohnabbau ist dieser etwaige Grundlohn bis 16 Mk. kein Hindernis für die Klassen, da doch bei der späteren Reform mit einer allgemeinen Erweiterung der Versicherung zu rechnen ist.

Also mögen die Arbeiter und Versicherten durch ihre Ausschuss- und Vorstandsmitglieder in Orts-, Betriebs- und Innungskassen, die noch weniger leistungsfähigen Krankenkassen nicht zu vergessen, auf Ausbau der Leistungen drängen, die einen Ausweg schaffen sollen. Und von den Organisationen der Klassen muß in dringenden Eingaben die umgehende Erhöhung des Grundlohns auf 16 Mk. gefordert werden. Hier müssen unsere Arbeiterorganisationen, die Gewerkschaftskarteile vor allem, als die berufenen Vertreter der Arbeiter, der Versicherten überhaupt, anregend eingreifen.

Magdeburg.

Kp.

Zu „Was in Leipzig not tut“

In seinem einhalb Seiten langen Artikel in Nr. 136 bringt Kollege Ms. auch zum Ausdruck, daß es ihn unangenehm berührt hat, daß sich der Verein Leipziger Stereotypen und Galvanoplastiker in seiner letzten Versammlung einen Vortrag über „Das Rätselproblem“ vom Kollegen Böttcher halten ließ, was nach der Meinung des Kollegen Ms. nicht in den Bereich von Spartenverammlungen gehören soll. Dem Kollegen Ms. zur Aufklärung, daß wir uns schon vor dem Krieg in unsern Verammlungen Vorträge halten ließen über politische Tagesfragen, Sozialerhebung, Bundesratsbestimmungen usw., um eben, wie es Kollege Ms. ja auch in den neuzeitlichenden Bezirksverammlungen für die Leipziger Kollegen wünscht, unser Wissen in gewerkschaftlicher und sozialpolitischer Beziehung zu erweitern. Redner waren damals ebenfalls bekannte Größen, wie Grünberg, Mlawka usw. Freilich braucht man damals keine Rücksicht auf „links“ oder „rechts“ zu nehmen, wie es heute der Fall zu sein scheint.

Wir waren von dem Böttcherischen Vortrage sehr befreut. Von einer etwaigen Erziehung zu „unruhigen Elementen“ war nichts zu merken. Kollege Böttcher hat uns u. a. gezeigt, was sich die Arbeiter unter einem Betriebsratsgesetz denken. Das ist etwas ganz anderes als das, was jetzt in der Nationalversammlung, in den Stütungen der Mehrheitsfraktionen zum Ausdruck gebracht wird. Einen solchen Vortrag könnte sich Kollege Ms. ruhig einmal anhören, auch wenn er von „links“ kommt, zur Erweiterung seines Wissens.

Bei dieser Gelegenheit erinnere ich an einen Vortrag, den Herr Scheidemann in seiner Glanzzeit als Vizepräsident des Reichstags in einer Bauversammlung hielt. In diesem Vortrage schilderte Scheidemann u. a., daß ihm ganz selbstverständlich gewesen wäre, als er einen Prinzen beurteilen mußte. Endlich deswegen, weil er nicht „die ganze Gesellschaft zum Teufel jagt“ konnte. Viele Scheidemann-Politiker waren auch Zukunftspläne, wie heute das Schaefferische Sozialversicherungsproblem und das Böttcherische Rätselproblem.

So werden wir einmal sehen, welches der beiden Systeme sich behauptet, wenn die Prozis an sie herantritt. Solange diese Fragen noch nicht gelöst sind, werden wir, was uns not tut, werden wir uns noch Vorträge halten lassen und berichten dabei gern auf die Jenur des Kollegen Ms.

Leipzig.

A. Sibsch.

Papiernot und Papierverleuerung

Behördliches Entgegenkommen

Ist die Tagespresse durch die Kohlennot und die in Folge dessen mangelhafte Gasversorgung in arge Bedrängnis geraten. So erhöhen sich die Schwierigkeiten, mit denen die Presse zu rechnen hat, insofern der Verkriebsnot nach wie vor insofern, als die Beförderung von Zeitungs-papier von der Fabrik zum Verleger ins Städtchen geratet ist. Am nun die Gefahr einer teilweisen Stilllegung der Presse zu besorgen, hat der Minister der öffentlichen Arbeiten auf Antrag der Wirtschaftsstelle für das Deutsche Zeitungsgewerbe und im Hinblick auf die Bedeutung der Presse gerade im gegenwärtigen Augenblick zugestimmt, in gleichem Maße wie für die Beförderung von Lebensmitteln, Kohlen usw. Wagen zur Beförderung von Zeitungsdruckpapier an die Verleger von Tageszeitungen zu stellen. Nach einer Mitteilung des „Zeitungsvorlagers“ sind ferner eine Reihe anderer Maßnahmen getroffen worden, um den Papierbedarf der Presse so weit wie möglich zu decken. Auch soll, wie das genannte Organ berichtet, der Reichshomick für die Kohlenverteilung angewiesen werden, den Fabriken, die Zeitungsdruckpapier herstellen, monatlich eine Mindestmenge Kohlen, die nach Angabe der Druck-

papierfabriken bei Lieferung in guter Beschaffenheit zur Deckung des angemessenen Bedarfs der Tagespresse genügt, schnellstmöglich zur Verfügung zu stellen.

Meldepflicht für Rollenpapier

In Nr. 114 des „Korr.“ hatten wir berichtet, daß man in Berlin einem nicht unbedeutenden Schleichhandel mit Zeitungsdruckpapier auf die Spur gekommen ist. Damit nun dieser immer größere Dimensionen annehmende Schleichhandel wirksamer als bisher bekämpft werden kann und um insbesondere zu verhindern, daß Zeitungsdruckpapier zu andern Bedingungen und zu höheren Preisen, als solche von der Reichsstelle für Druckpapier festgesetzt sind, von Papierfabriken und Händlern an Zeitungsverleger abgegeben und dadurch der allgemeinen Bewirtschaftung und Verteilung entzogen wird, ist vom Reichswirtschaftsministerium die Meldepflicht für Rollenpapier angeordnet worden. Durch diese Verordnung wird jeder Verleger von Rollenpapier verpflichtet, der Wirtschaftsstelle für das Deutsche Zeitungsgewerbe in Berlin innerhalb zwei Tagen auf den von dieser vorgeschriebenen Vordruck unter Beifügung einer Probe des verhandelten Papiers in der Größe von 30:30 cm mittels eingeschriebenen Briefes über die Verwendungs-Melbung zu erstatten. Außerdem hat die Wirtschaftsstelle das Recht, von jedem mittelbaren oder unmittelbaren Besitzer des verhandelten Papiers weitgehende Auskünfte einzuholen. Mit harten Strafen — Gefängnis bis zu einem Jahr, Geldstrafe bis zu 100000 Mk. — werden diejenigen bedroht, die die vorgeschriebenen Meldungen nicht oder willkürlich unrichtig oder unvollständig erstatten. Wer die verlangte Auskunft nicht oder ungenügend oder willkürlich unrichtig erteilt, hat ebenfalls empfindliche Strafen zu erwarten. Schließlich sind auch für diejenigen, die die Meldungen und Auskünfte nicht rechtzeitig erstatten oder die Melde- und Auskunftspflicht fahrlässig verletzen oder fahrlässig unrichtige oder unvollkommene Angaben machen, verhältnismäßig hohe Strafen vorgesehen. Außer diesen Strafen haben die Betriebe, die des Schleichhandels überführt werden, noch sonstige Nachteile, wie Kohlenperre, Beschlagnahme und Enteignung des Papiers sowie Entziehung oder Kürzung des Bezugsrechts. Aus Gründen der Gerechtigkeit und im Interesse der kleineren Verleger sind diese strengen Maßnahmen zur Bekämpfung des Schleichhandels und des Wuchers mit Zeitungsdruckpapier sehr zu begrüßen. Diejenigen Lieferungen von Rollenpapier, die auf Grund von Genehmigungen seitens der Wirtschaftsstelle für das Deutsche Zeitungsgewerbe erfolgen, sind übrigens von der Erfüllung einer Anzeige auf Grund der neuen Verordnung bis auf weiteres befreit, für sie genügen die Meldungen in der bisherigen Art und Weise.

mit der Frage unfres Nachwuchses. Nach vielen Bemühungen gelang es, daß Kollege Worm als Fachlehrer im Nebenamt an der Buchdruckerkunst der hiesigen Fortbildungsschule ab 1. Oktober angestellt wurde (bisher ein Maler). Es wurde betont, daß dem Ersche der Zeit entsprechend nicht nur die Lehrlinge, sondern auch die jüngeren und auch älteren Kollegen sich angelegenfalls für ihre und der andern Fortbildung interessieren möchten. Darauf hieß uns Gewerkschaftssekretär Keiler (Eisen) den im Vordergrund des Interesses stehenden Vortrag über das Thema: „Das Betriebsrätegesetz und seine praktische Bedeutung“, woran er zum Schluß die Mahnung knüpfte, eine einige Arbeiterkraft müsse das Gesetz erwarten und sich in die Materie so hineinarbeiten, daß sie befähigt ist, es zum Vorteile der Arbeitnehmer zu verwenden. Dann wurde zur Tarifausbildung Stellung genommen. — In der außerordentlichen Versammlung am 12. September wurde über die an die hiesigen Prinzipale gestellte Forderung einer Entschuldigungsliste berichtet. Die Prinzipale erklärten sich bereit, 150 Mk. und für jedes Kind 20 Mk. sowie für Leibgä 100 Mk. zu bewilligen; die kleineren Geschäfte, die das angeht nicht leisten konnten, suchten Abmachungen auf niedriger Basis. Der Vorschlag fand Annahme im Interesse der Ruhe und Ordnung im Gewerbe, ohne es zu einem Entweder — Oder kommen zu lassen. — In der Versammlung am 12. Oktober machte Vorsitzender Rämmerer Mitteilungen über eine Verhandlung mit den Prinzipalen in Eisen, an der auf untrer Seite auch Kollege Albrecht (Nöln) teilnahm. Als einziger Punkt stand die Sonntags- und Nacharbeit zur Besprechung; brachte aber nichts Wesentliches. Da uns die Prinzipale bei jedem ersten und letzten Wort die Paragraphen des Tariffs vor Augen hielten, so führte der Vorsitzende aus, sei es jetzt auch unter selbstverständliche Pflicht, für strikteste Innehaltung der tariflichen und gewerblichen Bestimmungen einzutreten, und daher müsse untre Sonntagsarbeit in diesem Sinne einer Korrektur unterzogen werden. Bei der Firma Westenburg wurde das erreicht und es kann von einem Entgegenkommen der Geschäftsführung gesprochen werden, dagegen bei der Firma Müllermann durch eine sogenannte Schlichtung eine Umgehung der Bestimmungen eingetreten ist und in Wirklichkeit das alte Verhältnis nach wie vor weiter besteht. (Es handelt sich um die Arbeitszeit der Maschinenfester.) — In der Versammlung am 2. November kam wieder das Bildungswesen der Buchdrucker zur Sprache. In Betrachtung der schlechten Beschaffenheit der Kollegen an den Volkshochschulen wurde darauf hingewiesen, daß daran wieder die schlechten Arbeitszeiten gerade in unserm Bezirk die Schuld trügen. Wenn bei Doppelschichten auch nicht angängig, so müsse bei einfachen Schichten doch möglichst frühzeitiger Arbeitschluß erreicht werden.

Gera. Injre Versammlung am 12. November war recht gut besucht. Nachdem der Vorsitzende einige interne Angelegenheiten bekanntgegeben hatte, erstattete Kassierer Rankke den Kassenbericht. Infolge der Ausperrung der Kollegen in Pöbbeck wurde der umfangreiche Bericht. Die Redatoren bestätigten dies. Die Versammlung nahm den Bericht debattelos entgegen und erteilte einstimmig die Entlastung. Für die im Auslande befindlichen Kollegen in Königsberg wurden 200 Mk. aus der Ortskasse bewilligt. Ein Aufnahmegeheuch und der Ausschluß eines Mitgliedes wurden zurückgestellt. Hierauf kam man auf die immer mehr zunehmende Teuerung zu sprechen. Weiter hielt in dieser Versammlung der Leiter der Volkshochschule für Reub, G. Fennig, einen Vortrag über „Zweck und Ziele der Volkshochschule“. Redner forderte die Kollegen zu recht zahlreicher Beteiligung an den Veranstaltungen der Volkshochschule an. Zum Schluß nahm die Versammlung noch den Kartellbericht entgegen.

Blas (Schl.). In untrer letzten Versammlung wurde nach Erledigung der Kassenberichte der Bericht des Empfangs- resp. Begrüßungsabends für die aus dem Feld und aus der Gefangenschaft nun vollständig zurückgekehrten Kollegen entgegengenommen. Die Versammlung kam auch auf den Versammlungsbericht des Outenbergbundesvereins ein. Blas (Schl.) sprach am 17. Oktober im „Topograph“ zu sprechen. Darin heißt es u. a.: Es wird festgestellt, daß die Ferien-gewährung in der Druckerei Jenlener („Glaser Anzeiger“), in welcher fünf Verbandsmitglieder arbeiten, mit Schwierigkeiten verbunden ist, und dürfte es notwendig sein, daß dem betreffenden Prinzipal die tariflichen Bestimmungen noch einmal von zuständiger Seite in Erinnerung gebracht werden. . . Daraufhin ist untrerseits eine Richtigkeitstellung an den „Top.“ gefordert worden. Die jetzigen Inhaber der Druckerei, Gebr. Jenlener („Glaser Anzeiger“), übernahmen den Betrieb am 1. Juli d. J. Ein Teil der Ferien mußte demnach vom alten Besitzer gewährt werden. Die jetzigen Inhaber haben sich nicht gewögert und gewähren nach wie vor die tariflichen Ferien. Wenn noch nicht alle Kollegen in den Genuss der Ferien gelangt sind, so ist dies darauf zurückzuführen, daß durch die Übernahme der Druckerei am 1. Juli verschiedene technische Schwierigkeiten bestanden. Die Inhaber der Druckerei gewähren auch den Hilfsarbeitern und Lehrlingen Ferien.

Greiffenberg-Friedeberg. (Halbjahrsbericht.) Das Vereinsleben in unserm Ortsvereine kann als ein reges bezeichnet werden. Der Versammlungsbericht ist ein durchweg guter und die Beteiligung an den beruflichen Aussprachen eine allgemeine. An den Bezirksverammlungen in Strichberg nahmen die Vertrauensleute teil und erstatteten Bericht über die dort gepflogenen Verhandlungen. Der Verein stellte u. a. den Antrag, die Aufnahme der Materie der Gewerbeordnung in den Lehrplan der Fortbildungsschulen zu veranlassen. Der 1. Mai wurde durch einen gemeinsamen Ausflug gefeiert und das Johannistfest auf dem sogenunwobenen Greiffenstein abgehalten. Die

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Burgblät. Die Monatsversammlung am 13. November hatte eine wichtige Tagesordnung. Nach einem Referat des Vorstehenden über: „Unsre Erwartungen bei Bildung des Wirtschaftsgebietes Chemnitz“ nahm man mit Genehmigung Kenntnis von der Einberufung einer Sitzung des Tarifauschusses. Sodann fand nach einem einleitenden Referat des Kollegen Beyer eine rege Aussprache über den „Korr.-Artikel „Sozialverräter oder Pioniere der Arbeiterkass“ (Kall. Diese führte dahin, daß sich die Mitgliedschaft einstimmig für die in dem Artikel zum Ausdruck kommende Tendenz erklärte. Es wurde festgestellt, daß die brauchbaren und durchführbaren Gesichtspunkte der Resolution Böttcher auch in der Dreher-Schaefferischen enthalten sind, und daß die „Berufsverfassung“ des letzteren dasjenige Mittel sei, was die fruchtige wirtschaftliche Lage der Kollegen wohl am sichersten und planmäßigsten beheben könne. Nur jetzt keine Spaltung auch noch bei uns, sonst ist die Stärke des einheitlichen Handelns vorüber. Sodann erfolgte die Abbringung des aus einem Wettbewerb hervorgegangenen „Gedenkblasses“ für die gefallenen Kollegen des Ortsvereins, das einen schönen Schmuck unfres Vereinslohs darstellt. Schließlich fand noch eine Besichtigung und Vespredung von Drucksachen der Leipziger Substitutionshauptversammlung des Deutschen Buchdruckervereins statt. Der aus der Mitte der Versammlung geäußerte Wunsch auf Gründung eines Kollegengangsvereins fand allgemeine Zustimmung und dürfte bald verwirklicht werden.

M. Düsseldorf. Die Monatsversammlung am 8. November brachte Anträge mit Massenunterschriften, die die Stellungnahme zu den neuerlichen wirtschaftlichen Verhältnissen verlangten. Anerkennung fand das Entgegenkommen der „Volkzeitung“ G. m. b. H., die eine weitere monatliche Teuerungszulage von 50 Mk. bezahlt; ebenso zahlte diese Firma bei Krankheitsfällen den Unterschied zwischen Krankengeld und Lohn auf die Dauer von sechs Wochen. Verurteilung dagegen fand es, daß die Firmen Fr. Dieb, M. Struchen, Sumperth und Lindner & Longuiden den Lehrlingen trotz mehrfacher Mahnung keine Ferien gewährten, die sonst liberal bewilligt wurden. Ausgenommen wurden zwei Kollegen. Die Berichte über die Orts- und Bezirkskassen wurden ohne Aussprache zur Kenntnis genommen und dem Kassierer entlastet. Lebhafter Freude löste die Mitteilung des Ortskassierers aus, daß von den 4000 Mk., die zur Unterstüzung der streikenden Wuppertaler Kollegen dorthin geschickt wurden, 2000 Mk. mit Worten des herzlichsten Dankes für die Opferwilligkeit der Düsseldorfser Kollegen wieder zurückgekehrt wurden.

L. Gelsenkirchen. (Berichtsjahrsbericht.) Die Versammlung am 5. September beschäftigte sich in erster Reihe

Malleerungszulagen wurden in den Druckorten Greiffenberg und Friedeberg glatt bewilligt. Im September fand in Gemeinschaft mit den Löwenberger Kollegen eine Versammlung statt, in welcher eine rege Aussprache über die letzte Tarifbewegung erfolgte. Wie überall, so war man auch hier der Ansicht, daß die Zulagen in ihrem Verhältnis zu den augenblicklichen Steuerungsverhältnissen stehen. Als eine Zurückziehung der Provinzialkollegen wurde die ledige Stellung der Zulagen bezogen und darin eine einseitige Regelung verlangt. Zur Förderung der beruflichen Kenntnisse war im Frühjahr in Greiffenberg eine Typographische Vereinigung ins Leben gerufen worden, welcher fast sämtliche Kollegen dieses Ortes beitreten. In besonderen Abendsabenden wird hier unter sachkundiger Leitung durch belehrende Vorträge, Preisanschreiben usw. das technische Wissen der Mitglieder gehiegt und gefördert. Auch für Lehrlinge sind Abendsabende eingerichtet, in denen dieselben für ihre spätere Laufbahn unterrichtet werden.

y. Müßdorf. Die Kollegenchaft des jungen südlichen Bezirks unseres Verbandes hatte sich am 19. Oktober in städtischer Zahl zu einer Bezirksversammlung eingeladen, um ein Referat unseres Gewerkschafts-Kameraden zu hören über „Die neuen Steuerungsulagen und die jetzige Lage“. Von 18 anwesenden Orten waren 14 vertreten, ein schönes Zeichen des lebhaften Interesses, das unsere Bezirkskollegen beweist. Der Referent ließ uns in seinem eingehenden, manche bisher unbekanntlichen Phasen der letzten Tarifauschüttung darlegenden Referat einen Blick tun in die Schwierigkeiten gerade dieser Sitzung. Daß auch in unserem Bezirke die Differenz zwischen Steuerung und Lohn eine sehr große ist, ging aus der sehr lebhaften Diskussion hervor. Eine dies zum Ausdruck bringende und das Augenmerk der neuerlichen Zulagen kundgebende Resolution fand einstimmige Annahme. Ihn trafen noch die Vertreter der einzelnen Druckorte mit ihren Schmerzen bezüglich Neueinführung oder Erhöhung der Lokalzuschläge an den Vorkaufstand heran, ihm tatkräftigste Unterstützung dieser Wünsche aus Herz legend.

Neugersdorf. Am 9. Oktober abgehaltene Versammlung erfreute sich einer regen Teilnahme. Unter Behandlung anderer wichtiger Punkte stellte der Vorsitzende durch Rundfrage fest, daß die neue Steuerungsulage am 1. Oktober in allen hiesigen Druckereien bezahlt wurde. Hieran schloß sich eine scharfe Aussprache über die Verhandlungen des Tarifauschusses. Energievoll wurde dagegen protestiert, daß auch diesmal, wie schon früher, die Provinzialkollegen gegenüber der Großstadt ganz bedeutend im Nachteil seien, da doch die Steuerung im ganzen Reich die gleiche sei und es außer den Meilen wohl kaum Unterschiede gebe, welche eine derartige Bevorzugung leitens der Großstadt gerechtfertigt erscheinen lassen.

F.-r. Nordhausen. In unserer am 11. Oktober abgehaltenen Versammlung war es dem Vorkaufstand gelungen, in dem Stadtverordneten Lebrer Semme einen Referenten zu gewinnen, der über das zeitgemäße Thema: „Wesen und Ziel der freien Volkshochschule“, sprach. Redner verstand es, den Kollegen den Wert und die Entfaltung der schon in Dänemark seit 1848 bestehenden Volkshochschule an Hand reichhaltigen Materials vor Augen zu führen. Er kam so auf die in Deutschland errichteten und besonders für die in Nordhausen in Aussicht genommene Volkshochschule zu sprechen und gab hierüber nähere Einzelheiten in bezug auf Teilnahme der Buchdrucker am Unterricht usw. Die sehr interessanten Ausführungen wurden von den Anwesenden beifällig aufgenommen. Nach Vorlegung des Kassenberichts und Erledigung der übrigen Tagesordnungspunkte wurde die Versammlung geschlossen.

Kositz. In der am 23. Oktober hier abgehaltenen Versammlung hielt unser Verbandsvorsitzender Selb ein Vortrag über: „Gewerkschaftliche Tagesfragen“, in denen besonders die in letzter Zeit abgehaltenen Kongresse, besonders der Luzerner, behandelt wurden, worauf dann der Referent zu dem uns am stärksten interessierenden Thema „Unter Tarifgebiet“ überging. Manche verkehrte Meinung hat er hierin verbessert und in der darauffolgenden Aussprache kam zum Ausdruck, daß Kollege Selb die nötige Aufklärung in manchem Punkte gegeben hatte, wofür ihm am Schlusse seiner fast zweistündigen Rede der Dank der Versammelten ausgesprochen wurde.

□ □ □ **Rundschau** □ □ □ □

Nachahmenswerke Beispiele. Die Buchdruckerei Job. Rückert in Wismar gewährte sämtlichen Bestellen Zulagen von 5 bis 10 Mk. wöchentlich, erstmalig zahlbar am 21. November 1919.

Buchdrucker in öffentlichen Diensten. Kollege Joseph Ehrhart, Maschinenleiter in Waldsee (Württ.), wurde als Abgeordneter in die Amtsversammlung des Oberamts gewählt und zum Schlichter beim Amtsgericht ausgelobt, nachdem derselbe bereits auch als Stadtrat hier tätig ist.

Die Wellformate als Normformate. Der Normenausschuß für das graphische Gewerbe hat in einer Sitzung am 26. November im Buchgewerbehaus in Leipzig die Einführung der Wellformate als erste Stufe zur durchgeführten Normalisierung gegenüber dem heutigen Durcheinander in der Papierformattage beschlossen.

Zur Rentabilität der Maschinenfabriken. Die Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, die bekanntlich auch in der Herstellung von Buchdruckmaschinen eine größere Bedeutung erlangt hat, erzielte im letzten Geschäftsjahr einen Nettogewinn von 4293475 Mk., und zwar bei Abschreibungen in Höhe von 2284964 Mk. und

einem Vortrag für das laufende Geschäftsjahr von 537660 Mk. Es wird eine Dividende von 10 Proz. zur Auszahlung gelangen, außerdem ist eine Kapitalerhöhung um 18 Mill. Mk., wodurch das Gesamtkapital auf 54 Mill. Mk. steigen würde, beabsichtigt.

Ein Gewerbegerichtsurteil gegen die Tarifströmmerer. Drei Mitglieder des Allgemeinen Arbeiterverbandes in Müßdorf hatten auf Nachzahlung der im Tarifvertrage für die Metallarbeiter vorgeesehenen erhöhten Vergütung für Stundenlöhne ab 1. August 1919 geklagt. Das Gewerbegericht wies die Klage ab und führte in der Begründung aus: Die Kläger, die Mitglieder des Allgemeinen Arbeiterverbandes seien, also nicht Mitglieder einer Gewerkschaft, die durch jahrelange opferfreudige Arbeit bahnbrechend auf dem Gebiete des Tarifwesens gewirkt hat, haben keinen Anspruch auf die Vorteile und Vergünstigungen des Tarifs. Der Allgemeine Arbeiterverband hat in seinen Statuten als ersten Punkt stehen: „Bekämpfung jeglicher Tarifverträge“. Durch die Erhebung der niedrigen Beiträge im Allgemeinen Arbeiterverband würde nur verucht, den Zentralgewerkschaften Mitglieder abzutreiben. Eine Organisation aber; die derartige gegen Tarif und ordnungsmäßige Zustände in einem Gewerbe gerichtete Tendenzen verfolge, könne für ihre Mitglieder nicht die Wohlfaßen eines Tarifs verlangen.

Reichstarif der Berufsangehörigen. Längere Tarifverhandlungen zwischen dem Zentralverband der Angestellten, Reichsgruppe Berufsangehöriger, Berlin SO 26, Oranienstraße 40 41, und dem Arbeitgeberverbande Deutscher Berufsangehörigen sind nunmehr zum Abschlusse gekommen. Die Angestellten sind nach ihrer Säligkeit in fünf Gruppen eingeteilt. Die Bezüge bestehen aus dem festen Gehalt, einem beweglichen Gehaltszuschlag von zur Zeit 1000 Mk. für Bezüge und 1400 Mk. für Verheirathete und einem Ortszuschlag zu den vorgenannten Bezügen bis zu 30 Proz. Außerdem wird ein Kindergeld von 360 Mk. pro Jahr gewährt. Die Anfangsgehälter belaufen sich auf 2500 Mk. in Klasse V, 2900 Mk. in Klasse IV, 3300 Mk. in Klasse III, 3800 Mk. in Klasse II und 4200 Mk. in Klasse I, steigend um acht Zulagen von zwei zu zwei Jahren auf 4000, 4800, 5400, 5900 und 6000 Mk. Alle zurückgelegten Dienstjahre werden angerechnet. Für weibliche Angestellte gilt die Bezüge um 10 Proz. geringer. Der Vertrag gilt hinsichtlich des Einkommens rückwirkend ab 1. April 1919. Nach zehnjähriger Dienstzeit sind die Angestellten ruhegehaltberechtigt und lebenslänglich angestellt. Die normale Arbeitszeit beträgt 45 bzw. bei ungestörter Arbeitszeit 42 reine Arbeitsstunden, der Urlaub 9 bis 24 Werktage. Für die Berechnung des Ruhegehalts sind Gehalt, Gehaltszuschlag und $\frac{1}{2}$ des Ortszuschlags in Anrechnung zu bringen. Als Schlichtungsinstanzen sind Schlichtungsausschüsse und ein Oberlichtsgericht eingeseht. Der Tarif läuft unkillndbar bis 31. Dezember 1920. Der Tarifabschluß bedeutet für die Angestellten eine wesentliche Verbesserung ihrer Bezüge.

Vermögenszuwachssteuer und Reichsnotopfer. Die in Nr. 141 in einem besonderen Artikel beleuchteten neuen Steuerfragen bedürfen noch insofern eines kleinen Nachtrags, als es sich um Erwähnung der einmaligen Abgaben vom Vermögenszuwachs und das sogenannte Reichsnotopfer handelt. Beide Steuern beruhen auf folgender Grundlage: Bei 100 Proz. Vermögenszuwachs tritt folgende Befreiung ein: Unverheiratete mit 20000 Mk. Vermögen (der niedrigste Satz) und 1000 Mk. Einkommen zahlen keine Einkommensteuer, aber 1750 Mk. Kriegsabgabe, 1300 Mk. Reichsnotopfer, wonach noch 16950 Mk. Vermögen und 847 Mk. Einkommen verbleiben, die mit 10 Proz. = 84 Mk. Kapitalertragssteuer belastet würden. Das Einkommen sinkt also in diesem Fall von 1000 Mk. auf 763 Mark. Erreicht das Vermögen den Höchstsaß von 5 Millionen und das Einkommen 250000 Mk., so sinkt das Vermögen durch 4828000 Mk. Kriegsabgabe und 21050 Mark Notopfer auf 150950 Mk. und das entsprechend verminderte Einkommen von nur noch 7547 Mk. fällt durch 830 Mk. Einkommen- und 754 Mk. Kapitalertragssteuer auf 5963 Mk. Auf diese Weise würden die im Krieg entstandenen großen Vermögen bis auf einen kleinen Rest verschwinden. Anders ist das Bild, wenn es sich um ein festes Vermögen handelt, das im Krieg um Null Prozent gewachsen ist, dann würden auf 20000 Mk. Vermögen keine Kriegsabgabe, dagegen 1500 Mk. Notopfer entfallen und das verbleibende Vermögen von 18500 Mk. ein Einkommen von 925 Mk. erbringen, von denen nicht Einkommen, sondern nur 92 Mk. Kapitalertragssteuer zu zahlen wären. Auf die Höchstsumme von 5 Millionen würde ebenfalls keine Kriegsabgabe, sondern 2268250 Mk. Notopfer fallen und das verbleibende Vermögen von 2731750 Mk. würde 136588 Mk. Einkommen erbringen, von denen 51095 Mk. Einkommen- und 13658 Mk. Kapitalertragssteuer zu zahlen sind. Zwei jehtige Millionen, die je 5 Millionen besitzen, und zwar der eine im Krieg erworbenes, der andre alles Vermögen, würden nach Abzug sämtlicher Steuern der erste nur noch 150950 Mk., der andre noch immer 2731750 Mk. haben. Das bedeutet das Ende aller Kriegsgewinners, wenn sie nicht ihr Vermögen ins Ausland verschoben haben.

Einführung des Ein-Millo-Pakets. Die Reichspostverwaltung erwägt, ob man die Forderung auf Einführung des Ein-Millo-Pakets nicht in der Art erfüllen könnte, daß man ihm die Form des Geldpostpakets gibt, das allerdings nur $\frac{1}{2}$ kg Gewicht habe. Ein solches Päckchen würde wie eine größere Drucksache oder Warenprobe angenommen, befördert und bestellt; es unterscheidet sich durch Größe, Form und Gebühr von den übrigen Paketen. Ermittelungen über die Brauchbarkeit dieses Vorschlags sind aufgenommen, sie ziehen sich aber schon

lebr lange hin, so daß man doch bald eine Entschlebung erwarten könnte.

Der deutsche Arbeitsmarkt im Oktober 1919. Nach der Gesamtübersicht des „Reichsarbeitsblattes“ (Nr. 11) traf im Oktober auf dem deutschen Arbeitsmarkt infolge des frühzeitigen Winterwetters, des Anstehens der Entlohnung und Täuflichkeit, der verhärteten Stößen und Verlehnung, der zahlreichen Betriebs-Stilllegungen und des dauernden Rückstroms der Kriegsgefangenen und Flüchtlinge aus den besetzten und abzurückenden Gebieten eine ungünstigere Situation ein. Nach den Feststellungen von 32 Fachverbänden mit 4256398 Mitgliedern waren im Oktober 110626 oder 2,6 Proz. arbeitslos, gegen 2,2 Proz. im September 1919 und 2,8 Proz. im Oktober 1918. — Für uns Buchdrucker war eine solche von 3,8 Proz., gegen 4 Proz. im vorausgesehenen Monat und 0 Proz. im Oktober 1918 sowie 5,8 Proz. im Oktober 1913 zu verzeichnen. Aber den Gehilfszweig im Buchdruckgewerbe wird berichtet, daß die Beschäftigung der Buchdruckereien im allgemeinen eine gute war. Das beginnende Weihnachtsgeschäft sowie die hochgradige politische Bewegung haben auf den Beschäftigungsgrad betrachtend eingewirkt und den Betrieben Arbeit zugeführt, wenn auch infolge der hohen Papierpreise die Massenaufgaben geringer geworden sind. In der graphischen und in der Kunstdruckindustrie ließ sich eine Verbesserung feststellen. Aufträge liegen in zufriedenstellendem Umfange vor. — Im ganzen Reichsgebiet ist in 97 Städten, außer Hamburg und München, die Zahl der unterfügungsberechtigten Erwerbslosen von 234242 am 27. September auf 218695 am 1. November gefallen. — Nach der Statistik der Arbeitsnachweise kamen im Oktober auf 100 offene Stellen bei den Männern 150 Arbeitsgesuche, gegen 143 im Vormonat und 178 im Oktober 1913, bei den Frauen 115, gegen 116 im Vormonat und 122 im Oktober 1913. Der größte Bedarf an Arbeitskräften bestand nach wie vor im Bergbau, wo auf 100 offene Stellen nur 52 (im September nur 40) Arbeitsgesuche von Männern entfielen. Auch in der Landwirtschaft kamen auf 100 offene Stellen nur 88 (im September 81) Arbeitsgesuche männlicher und 44 (im September 37) weiblicher Personen. Männliche Arbeiter fehlen weiter in der Industrie der Steine und Erden sowie im Holzgewerbe. Das größte Überangebot von Arbeitskräften war wiederum im Handel zu verzeichnen, wo auf je 100 offene Stellen 430 (459 im September) Arbeitsgesuche männlicher und 287 (277 im September) weiblicher Arbeitskräfte zu verzeichnen waren. Im Spinnstoffgewerbe verringerte sich das Angebot von Arbeitskräften von 410 im September auf 277 im Oktober auf je 100 offene Stellen. — Die Krankenkassen (4096 an der Zahl mit 8,28 Millionen Mitgliedern) konstatierten eine Zunahme der Zahl der Beschäftigten um 46441 oder 0,7 Proz. — Aber den Stand der Arbeitsstellungen, d. h. der deutschen im allgemeinen, macht das „Reichsarbeitsblatt“ zum Abschlusse seiner Gesamtübersicht noch folgende Aussagen: „Wirklich besser können sich die Zustände nur, wenn unsere Arbeit ergiebiger wird. Vorläufig wurden trotz einzelner Besserungen gegen den Vormonat im Vergleich zum Oktober 1918 an jedem Arbeitstag im Ruhrgebiet nur rund 250000 Tonnen, gegen rund 300000 Tonnen, und in Oberhessen nur rund 100000 Tonnen, gegen 130000 Tonnen Steinkohlen gefördert. Die tägliche Kohleenerzeugung stellte sich nur auf 18033 Tonnen, gegen 28200 Tonnen, die Stahlerzeugung auf 26390 Tonnen, gegen 43400 Tonnen im Oktober 1918 (ohne Elbafeld-Rothrungen und Aueburg). Jeder Arbeitstag brachte also gegen das Vorjahr immer noch Ausfälle von mindestens 80000 Tonnen Steinkohlen, 8000 Tonnen Kohleisen und 17000 Tonnen Stahl. Infolge des Bergarbeiterstreiks hat Deutschland rund 6 Millionen Tonnen Kohle eingebüßt, die seinem Wirtschaftsleben ebenso dringend fehlen, wie die nicht rechtzeitig geborgenen, vom Große vertriebenen Sachfrüchte. Ein Lichtblick ist die wachsende Zahl wichtiger Tarifabschlüsse, u. a. im Steinkohlenbergbau des Ruhrgebietes und im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau. Es bleibt zu hoffen, daß sie eine stetige Arbeit in dem zur Zeit wichtigsten Gewerbezweige verbürgen werden.“ Nach unserer Auffassung hat hier die Schriftleitung des „Reichsarbeitsblattes“ nur vergessen hinzuzufügen, daß die Sachfrüchte sicher rechtzeitig noch vor dem Große hätten gerettet werden können, wenn die Agrarier etwas mehr Verständnis für tarifliche Lohn- und Arbeitsregelung der ländlichen Arbeiter gezeigt hätten, daß außerdem die Frosschäden zum größten Teile nur in der halbgerlegten Phantastie der Sinker erklärten, und daß drillets auch die Tarifvertragsfrage im Bergbau längst hätte geregelt sein können, wenn die Bergberren schon früher mehr logisches Verständnis für die Mühe und Not der Bergarbeiter gezeigt hätten, und nicht erst dann, als die Bergarbeiter die Geduld verloren hatten.

Briefkasten
 A. B. in P.: In einer der nächsten Nummern. — W. S. in H.: Aufschrift weisergeben. — D. B. in W.: 5 Mk. —

□ □ □ **Verbandsnachrichten** □ □ □
 Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II.
 Fernsprecher: Amt Aurfürst, Nr. 1191.

Leipzig. Das Buch des Sehers Kurt Benzien, geboren am 16. Oktober 1890 in Leipzig-Anger (Saupfuchnummer 81601, Leipzig 3332), ist angeblich verheiratet vertrieht worden, es wurde ihm ein neues Buch, Leipzig 4792, ausgestellt. Das erstere wird hiermit für ungültig erklärt.

Leipzig. Die Seher Walter Thieme, geb. in Leipzig 1838, ausgl. dal. 1906; Otto Thiemig, geb. in Leipzig-Dölitz 1885, ausgl. in Leipzig 1904; der Drucker Alfred Melchior, geb. in Leipzig-Ellerhausen 1896, ausgl. in Leipzig 1915, werden hiermit aufgefordert, sich innerhalb 14 Tagen im Gau-Bureau zu melden.

Adressenänderungen

Saarhaus (Saar), Vorsitzender: Heinrich Schub, Bahnhofstraße 2.

Zur Aufnahme gemeldet

(Anmeldungen innerhalb 14 Tagen an die beigefugte Adresse):
 Im Gau Rheinlands-Westfalen die Seher 1. Alfred Zimmermann, geb. in Offen 1895, ausgl. dal. 1913; 2. Johann Dreking, geb. in Eilen 1895, ausgl. dal. 1913; 3. Wilhelm Sörpinski, geb. in Groß-Zellendorf 1872, ausgl. in Eilen; 4. Bernard Nolkenbur, geb. in Coerswille 1867, ausgl. in Münster 1886; 5. Paul Weßler, geb. in Wülfelroth 1895, ausgl. dal. 1915; 6. Wilhelm Eichtenberg, geb. in Söls 1890, ausgl. in Sirefch 1914; 7. Karl Weßler, geb. in Sirefch 1893, ausgl. dal. 1911; 8. Wilhelm Job. Wasserloos, geb. in Weßler 1896, ausgl. dal. 1913; 9. Jakob Adler, geb. in Warchau 1897, ausgl. dal. 1911; 10. Eduard Friedrich, geb. in Georgswalde 1897, ausgl. in Nürnberg 1915; 11. August Bau, geb. in Uing a. d. Donau 1897, ausgl. in Dortmund 1916; 12. Wilhelm Hammacher, geb. in Wörde 1898, ausgl. dal. 1917; 13. Heinrich Zenlen, geb. in Siegburg 1894, ausgl. dal. 1913; 14. Friedrich Brodthöller, geb. in Münster i. W. 1897, ausgl. dal. 1916; 15. Wilhelm Lange, geb. in Kran 1895, ausgl. in Eile 1915; 16. Ludwig Lehmann, geb. in M. Glöblich 1897, ausgl. dal. 1915; 17. Peter Möllers, geb. in Rheinberg 1874, ausgl. dal. 1892; 18. Arthur Möller, geb. in Geselesberg 1897, ausgl. in Salzer 1915; 19. der Stereotypseher Heinrich Krügel, geb. in Waden 1874; die Schweizerdeute 20. Stanislaus Krawczyk, geb. in Soles 1892, ausgl. in Mellmann 1911; 21. Hermann Wortblüh, geb. in Vengrich 1897, ausgl. dal. 1916; die Korrektoren 22. Andreas Ding, geb. in Eilen 1888; 23. Karl Prange, geb. in Schornhau 1878, ausgl. in Eglitz bei Berlin 1898; waren nach nicht-Mitglieder: die Seher 24. Ernst Klinge, geb. in Hermsdorf 1896, ausgl. in Hermsdorf 1914; 25. Peter Heinemann, geb. in Erfurt 1884, ausgl. dal. 1902; 26. Oswald Dubols, geb. in Warden 1888, ausgl. dal. 1901; 27. Suso Köhler, geb. in Hingheim 1889, ausgl. in Welsheim 1888; 28. Wilhelm Sudde, geb. in Eilen 1887, ausgl. dal. 1876; 29. Heinrich Ude, geb. in Eilen 1887, ausgl. dal. 1905; 30. Moritz Linker, geb. in Bernau 1882, ausgl. in Neubrandenburg 1899; 31. Joseph Michael, geb. in Wulsburg 1889, ausgl. dal. 1908;

32. Heinrich v. Gehlen, geb. in Bieren 1877, ausgl. in Mühlheim a. d. Ruhr 1898; 33. Gustav Bieler, geb. in Könnern a. d. S. 1894, ausgl. dal. 1912; die Drucker 34. Friz Hoffmann, geb. in Eilen 1876, ausgl. dal. 1896; 35. Ernst Hoffner, geb. in Sirefch 1899, ausgl. dal. 1888; 36. August Schmitz, geb. in Gerlmund 1877, ausgl. dal. 1895; 37. Gustav Schuch, geb. in Werdau (Saachsen) 1857, ausgl. dal. 1876; 38. der Schweizerdeute Joseph Grajer, geb. in Serpen a. Rh. 1871, ausgl. dal. 1889; die Seher 39. Heinrich Creuting, geb. in Münster 1871, ausgl. dal. 1891; 40. Wilhelm Walter, geb. in Mühlheim a. d. Ruhr 1877, ausgl. dal. 1895; waren schon Mitglieder. — Emil Albrecht in Köln a. Rh., Stereotypist 23.

Arbeitslosenunterstützung

Sauptverwaltung, Bericht vom Monat Oktober 1919.

Auf der Reise: 21 Mitglieder.
 Am Orte: Reiseunterstützung erhielten: 717 Mitglieder, Ortsunterstützung erhielten: 2189 Mitglieder.

An Arbeitslosentagen, für die Unterstützung gezahlt wurde, sind gezahlt worden:

Beschäftigungsart	In der Reiseunterstützung		In der Ortsunterstützung		Unterschiedliche Tage insgesamt
	Mitgl.	Tage	Mitgl.	Tage	
Seher	19	289	463	7756	1426
Mach. u. S.	—	—	10	126	24
Drucker	2	22	208	4279	583
Stereotyp.	—	—	9	223	34
Galvanopl.	—	—	15	219	17
Korrektoren	—	—	1	34	10
Galvanisten	—	—	—	—	2
Schiffgeher	—	—	5	42	89
Stempelführer	—	—	1	5	4
Gesamt	21	311	717	12684	2189

Arbeitslos verblieben am 31. Oktober 1919: 1387 Mitglieder.

An Unterstützungen wurden gezahlt:
 Reiseunterstützung: an 21 Mitglieder für 311 Tage 449,65 Mkt.

Reiseunterstützung am Orte: an 717 Mitglieder für 12684 Tage . . . 12684.— Mkt.

Ortsunterstützung: an 454 Mitgl. für 7740 Tage a 1,25 Mkt. = 9675.— Mkt.
 = 1501 " " 27977 " a 1,75 " = 48959,75 " "
 = 234 " " 4548 " a 2.— " = 9096.— " "
 zusammen 67730,75 Mkt.

Sinsgesamt wurden im Monat Oktober gezahlt:
 1919: 80864,40 Mkt. für 53260 Tage
 1918: 926,25 " " 518 " "
 mehr 1919: 79938,15 Mkt. für 52742 Tage.

Bersammlungskalender

Dresden. Stereotypseher- und Galvanoplastiker-Versammlung Sonntag, den 14. Dezember, nachmittags 4 Uhr, im „Edwards Gasthaus“, Kleine Plauenische Gasse 2 I.
 Leipzig. Maschinenseher-Versammlung Sonntag, den 14. Dezember, vormittags 10 Uhr, im „Vollsbau“, Zeiler Straße 32, Café links.
 Pöthen (Süd.). Faktoren-Versammlung Dienstag, den 9. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im Geiges Restaurant.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Hilfe dringend notwendig! — Erhöhung des Krankengeldes. — Zu „Was in Leipzig los ist“.
 Papernet und Papierverarbeitung: Bedürfnis des Angegenommen. — Meldepflicht für Rollenpapier.
 Korrespondenzen: Burgläd. — Düsseldorf. — Gelsenkirchen. — Gera. — Gieb. — Greußenberg. — Greibenberg. — Mühlhof. — Neugersdorf. — Nordhausen. — Kollach.
 Anzeigen: Nachahmungsweite Beipiele. — Buchdrucker in öffentlichen Diensten. — Die Wellform als Normalformate. — Zur Rentabilität der Maschinenfabriken. — Ein Gewerbeschutzgesetz gegen die Zerstörerzimmerer. — Reichsamt der Berufsangehörten. — Vermögenswachstumssteuer und Reichssteuer. — Einführung des „Ein-Milo-Pakets“. — Der deutsche Arbeitsmarkt im Oktober 1919.
 Bericht der Hauptverwaltung vom Monat Oktober 1919.

Sehmaschinenbeheizung

mittels Heizen-Entwicklungs-Automat mit neuen regulierbaren Brennern für alle Typen von Sehmaschinen sowie für die Stereotypie richtet ein unter garantiert tadelloser Funktion [955]
 J. Bultgercich, Eisenach, Telefon 590.

Typographische Fachliteratur

Verblichler für Geh und Truch empfiehl Grap. Verlag S. Sieg, München 9, Kolumbusstraße 1. — Katalog 25 Pf.

Selbststärker

verl. gratis Zuchr. lib. d. J. Ha! Magnel-Eichtröstein H. Saas, München, Korneliusstr. 18, Kg.

10 Proz. monatl. Abzahlung ohne Preiserhöhung d. Werte

Machtill Romane 10 Bde.	44 Mkt.
Echttruch	20 " geb. 150 "
Jul. Wolff Werke 16	120 "
G. Hauptmann	6 " 34 "
H. Sudermann	6 " 34 "
Th. Stern	3 " 24 "
Waldenbruch	4 " 48 "
Jahen	5 " 48 "
Wolff, Keller	5 " 65 "

Dito & Co., Berlin-Schöneberg, (Postfachkonto Berlin 47344.)

Ausnahme-Angebot!



100 Sprechapparate
 leichtestes, mit Kallotte, Gehäuse hell Eiche, 37, 39, 19 cm, starkes Werk und prima Schalldose, das Stück nur 134
145 Mark
 Mit 1000 Nadeln und 4 Musikstücken 25 Mark mehr.
 C. F. Boy, Musikwaren
 Gästrow i. M., Oepiner Straße 32.

Musikinstrumente
 aller Art
 hervorragende Güte
 Max Dörfel, Klingenthal S. 114
 Preisliste frei

Mhlen und Pinzette sowie alle Werkzeuge für Seher u. Drucker empfiehl S. Sieg, München 9, Kolumbusstr. 1. Katalog 25 Pf.

Am 30. November verstarb nach achttägiger Krankheit infolge schwerer Lungenentzündung unser lieber Kollege [32]

Fritz Fahrweg
 aus Aurich (Ostfriesland), im Alter von 58 Jahren. In ihm verlieren wir einen allseitig geschätzten und beliebten Kollegen, dem wir ein dauerndes Andenken bewahren werden.
 Zugestiftet und Kollegen der Buchdruckerei Fr. Puvogel, Wandsbek.

Am 30. November verstarb nach achttägiger Krankheit infolge schwerer Lungenentzündung unser lieber Kollege [32]

Fritz Fahrweg
 aus Aurich (Ostfriesland), im Alter von 58 Jahren. In ihm verlieren wir einen allseitig geschätzten und beliebten Kollegen, dem wir ein dauerndes Andenken bewahren werden.
 Zugestiftet und Kollegen der Buchdruckerei Fr. Puvogel, Wandsbek.

Achtung!
Stereotypseher und Galvanoplastiker im Gau Dresden
 Sonntag, den 14. Dezember, nachmittags 4 Uhr: **Wichtige Bersammlung** in **Saarlhaus**, Kleine Plauenische Gasse 2 I. Unter anderem Ausgabe der „Mittellungen“ Nr. 2.
 Zahlreiche Besuch erwünscht Der Vorstand.

Motiventwurf, Typograph Serie 3, neueste Ausgabe. Unerlässlich für Herstellung von zeichnerischen Druckarbeiten, in der Regel 4,50 Mkt. bei Vorbest. Nachn. 4,80 Mkt. J. Wienand, Grap. Verlag, Bonn a. Rh., Rosental 42.
Schriftgießer
 für Bucher-Komplettmaschine und Mächtige [28]
 in dauernde Stellung gesucht.
 Benl. Krebs Nachf., Frankfurt a. M.

Messeur
 für täglich erscheinende Zeitung gesucht.
 Ad. Altmers, Zeitungsverlag, 29, Barel i. Oldbg.
 Ich suche zum 20. Dezember oder früher für besseren Formular- und Anzeigendruck einen soliden, tüchtigen und durchwegs erfahrenen
Buchdruckmaschinenmeister
 der auch gute Papierkenntnis besitzt. Da die Papierlagerverwaltung und Zeitungsgespektion mit übernommen werden muß, kommt nur ein Bewerber in Frage, der bereits in ähnlicher Stellung beschäftigt war. Angebote, möglichst mit Probearbeiten und Angabe der bisherigen Tätigkeit an die Geschäftsstelle dieses Blattes.
„Querscher Kreisblatt“
 Querscher (Reg. Halle a. d. S.).

Maschinenband
 Erledensqualität, liefern [733]
 Wejner & Moll,
 Düsseldorf, Graf-Adolf-Straße 112.
„Wie soll ich zurichten?“
 Ein Reklamé- u. Aufbau der Zurichtung in aller Erklärten auf Schnellpresse u. Regel. 112 S., 22 Abb., 20 Kal. a. Sumfdruck, geb. postfrei 2,30 Mkt.; ferner
„Der Buchdrucker am U. B.“
 Ein Ratgeber z. Einstellung des Universaldruckers auf alle Papierarten: 93 S., Oktav, 55 Abb., geb. 1,70 Mkt. postfrei geg. Voreinsend. od. Nachn. v. Verl. M. Rauch, Stuttgart, Ludwigstraße 20.

Schriftgießer
 für Küllermannsche Komplettmaschine gesucht [21]
 Timberg & Vellon, O. m. b. H., Neubabelsberg.
Graphische Fachklassen
 Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. E. u. K. durch die Kunstgewerbeschule **Barmen**.



Sprichwörtlich zuverlässig u. preisw. sind die in vielen hunderttausend Bänden in Gebrauch befindl. Langenscheidtschen Wörterbücher:

Menge-Güthling
 Wörterbuch der griech. und deutschen Sprache, 2 Bände je 13,50 Mkt.
Menge-Güthling
 Wörterbuch der latein. und deutschen Sprache, 2 Bände je 13,50 Mkt.
Murel-Sanders
 Wörterbuch der engl. und deutschen Sprache mit Angabe der Aussprache nach d. Method. Toussaint-Langenscheidt. 2 Bände je 13,50 Mkt.

Sachs-Billatte
 Wörterbuch der französischen und deutschen Sprache mit Angabe d. Aussprache nach d. Methode Toussaint-Langenscheidt. 2 Bde. je 13,50 Mkt.
Langenscheidts Taschenwörterbücher
 mit Angabe der Aussprache nach der Methode Toussaint-Langenscheidt. Für alle wichtigeren Sprachen. Einzelbände 3,60 Mkt. Doppelbände 6,30 Mkt.
 Zu sämtl. Preisen 10 Proz. zu belieh. durch jede Buchhandlung oder gegen Voreinsendung des Betrages direkt von der

Langenscheidtschen Verlagsbuchhandlung
 (Prof. G. Langenscheidt) Berlin-Schöneberg.